

## **Der lustige Brexit-Prolet? Warum an Klassenanalyse kein Weg vorbei geht**

(Nicole Mayer-Ahuja, Göttingen, 16.12.2019)

Zwei Tage nach den Parlamentswahlen in Großbritannien beginnt Cathrin Kahlweit ihren Artikel „Volksabstimmung“ in der Süddeutschen Zeitung wie folgt: „Die Briten hatten die Wahl zwischen einem lustigen Proleten aus dem Establishment und einem grauen Hipster aus dem Reihenhaus“ (Samstag, 14.12.2019, S. 3). Klarer kann man ungefiltertes Klassen-Ressentiment kaum ausdrücken: Boris Johnson, Spross einer Familie, aus der seit hundert Jahren Wissenschaftler, Politiker und Minister hervorgegangen sind, und der Privatschulen und die Universität Oxford absolviert hat, qualifiziert sich als „Prolet“ – offenkundig aufgrund seines rüpelhaften Benehmens, der Neigung zu Gewalt gegen Frauen und der Angewohnheit, zu lügen, dass sich die Balken biegen. Jeremy Corbyn hingegen, Sohn eines Elektroingenieurs und einer Mathematiklehrerin, der eine staatliche Schule besucht, ein Studium abgebrochen und sein Arbeitsleben als Funktionär der britischen Textilarbeitergewerkschaft, als Kommunalpolitiker und Abgeordneter der Labour Party verbracht hat, wird als unappetitliche Mischung aus Reihenhausbewohner und Hipster dargestellt. Das „Reihenhaus“ (als Sinnbild für Spießertum und Engstirnigkeit) dürfte wegen seiner Nähe zu Gewerkschaft, „Bürokratie“ und Sozialismus zur Sprache kommen. Wenn er Kahlweit – anders als Johnson – nicht als „lustig“, sondern als spaßfeindlich und „grau“ erscheint, muss sie doch irgendwie erklären, was junge Leute dazu brachte, ihm beim Musikfestival von Glastonbury 2017 in Massen zuzujubeln. Politische Inhalte dürfen es nicht sein, also braucht es ein Label wie „Hipster“, das auf Äußerlichkeiten verweist, wie absurd es auch sei.

Was aber hat dieses Beispiel für hanebüchene Stereotypen mit der Notwendigkeit zu tun, ernsthaft über Klassenanalyse zu diskutieren?

### **Klassendünkel als Mittel politischer Demobilisierung**

Die Bezeichnung „Prolet“ war nie ein Kompliment. Von den „proletarischen“ Besitzlosen erwartete man schon im alten Rom vor allem Gewalt und Irrationalismus – man nutzte sie, wenn man sie brauchte, und musste sie ansonsten mit Zuckerbrot und Peitsche im Zaum halten. Dass Karl Marx dem „Proletariat“ ausgehend von seiner Analyse kapitalistischer Dynamik die Rolle zusprach, eine bessere Gesellschaft zu schaffen, war somit ein Bruch mit sehr alten Traditionen und zugleich politisches Programm. Ähnlich wie der Slogan „black is beautiful“ die unterdrückte afroamerikanische Bevölkerung der USA politisch mobilisieren sollte, hatte auch die begriffliche Beförderung des Proleten zum stolzen Proletarier nicht zuletzt das Ziel, eine schnell wachsende Gruppe der Bevölkerung, die unter ähnlichen Arbeits- und Lebensbedingungen litt und von wirtschaftlicher wie politischer Macht weitgehend ausgeschlossen war, zum Widerstand gegen diese Lage zu ermutigen. Dass im Jahr 2019 kultivierte Menschen, denen nie ein frauenfeindlicher oder rassistischer Witz über die Lippen kommen würde, es völlig unproblematisch finden, das schlechte Verhalten eines Repräsentanten der herrschenden Klasse bzw. des „Establishments“ wie Johnson als „proletenhaft“ zu bezeichnen, zeigt vor allem eines: Sozio-ökonomische Ungleichheit gilt nicht mehr als Skandal, sondern als Naturphänomen. Der „Prolet“ hat sich seine (ungebrochene) wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Unterordnung letztlich selbst zuzuschreiben, und wir müssen uns nicht mit den Strukturen und Machtverhältnissen

befassen, auf denen sie beruht. Die Nachricht an die, die als Prolet\*innen beschimpft werden, lautet: benehmt Euch, dann gelingt auch Euch der Aufstieg. Oder, wie Emmanuel Macron einem Arbeitslosen riet: Wasch Dich, dann findest Du einen Job.

### **Wer nicht versteht, wie Gesellschaft funktioniert, kann sie nicht verändern**

Sozio-ökonomische Ungleichheit nicht als Ergebnis kapitalistischer Dynamik, sondern als Folge individuellen Fehlverhaltens zu interpretieren, ist nur möglich, wenn man strukturelle Diskriminierung ausblendet. Tatsächlich wurde auch nach Ende des Nationalsozialismus zumindest im westlichen Teil Deutschlands mit Nachdruck betont, dass es keine Klassen mehr gebe. Der Interessengegensatz zwischen Arbeit und Kapital sei einer „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ (Schelsky) gewichen, und selbst die Industrie-Arbeiterschaft habe längst jenen „Fahrstuhl“ betreten, der laut Ulrich Beck jede/n nach oben befördere, auch wenn man auf verschiedenen Etagen zusteige. Dieser Mythos einer quasi „klassenlosen Gesellschaft BRD“ hält sich beharrlich, obwohl seit Ende des ökonomischen Booms der Nachkriegszeit um 1980 die Unterschiede zwischen Arm und Reich wieder enorm gewachsen sind. Ein immer größerer Teil der Bevölkerung ist „abhängig beschäftigt“, doch wer seine oder ihre Arbeitskraft zeitweise nicht verkaufen kann, ist weniger gut gegen Risiken abgesichert, seit diverse Reformen der Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung das Sicherungsnetz löchrig gemacht haben, das Lohnarbeit einen Teil ihrer Unsicherheit nehmen sollte. Sozialer Aufstieg ist für viele blockiert, und der sozio-ökonomische Status der Eltern bestimmt noch stärker als in anderen europäischen Ländern über die Lebenschancen der Kinder. In einer solchen Situation weiterhin zu behaupten, „wir alle“ gehörten letztlich zur „Mitte der Gesellschaft“, hat etwas Beruhigendes, aber wenig mit der Realität zu tun. Die gleichzeitige Alltäglichkeit unreflektierten Klassendünkels, wie er uns in Kahlweits Artikel anspricht, macht das deutlich. Wie ist die Gesellschaft, in der wir leben, strukturiert, wie unterscheiden sich Lebens- und Arbeitsverhältnisse, Machtressourcen und Zukunftschancen? Nur wer diese Fragen stellt, kann Entwicklungstendenzen untersuchen – und Eingriffsmöglichkeiten finden. Dafür braucht es Klassenanalyse.

### **Förderung von Differenz und Konkurrenz als Strategie: Teile und herrsche**

Der übliche Einwand dagegen besagt, dass Klasse als wissenschaftliche Kategorie nicht mehr taugt: Ist die Arbeitswelt nicht zu bunt, sind die Interessen arbeitender Menschen nicht zu vielfältig geworden, um sie als Teil eines sozioökonomischen Kollektivs zu betrachten? Ich denke nicht. Zum einen war auch die britische Arbeiter\*innen-Klasse, die Marx untersuchte, keineswegs einheitlich: in den Fabriken gab es unterschiedlich entlohnte Männer, Frauen und Kinder; irische Arbeitsmigrant\*innen wurden rassistisch diskriminiert; Fabrik- und Heimarbeiter\*innen konkurrierten mit der „industriellen Reservearmee“. Und doch hob Marx eine Gemeinsamkeit hervor: die Abhängigkeit vom Verkauf ihrer Arbeitskraft, die damit verbundene Unsicherheit und den Zwang, sich im Arbeitsalltag dem Willen derer zu beugen, die als Käufer\*innen des Arbeitsvermögens das Sagen hatten. Daran hat sich wenig geändert, und der Anteil der abhängig Beschäftigten an der Bevölkerung war in Deutschland nie höher als heute. Zum anderen ist die Fragmentierung, die zwischen abhängig Beschäftigten festzustellen ist, keine Naturnotwendigkeit, sondern Ausdruck einer Politik von Staat und Unternehmen, die Unterschiedlichkeit nutzt und Konkurrenz schürt. Man stabilisiert die qualifizierte Stammebelegschaft, indem man prekäre Ränder aus Leiharbeiter\*innen, befristeten Beschäftigten oder Werkauftragsnehmer\*innen schafft. Man baut soziale Sicherheit für das Alter im Namen der Jungen ab und reduziert den

Rechtsanspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung, indem man zur Jagd auf „Sozialschmarotzer“ bläst. In Unternehmen bringt man Arbeitende gegeneinander in Stellung, indem man Abteilungen und Arbeitsgruppen gegeneinander antreten lässt, oder Teams im Rahmen „indirekter Steuerung“ Ziele setzt, um deren Einhaltung Kolleg\*innen miteinander ringen. Kapitalismus beruht auf steter Erzeugung von Differenz und Konkurrenz – doch Arbeitende haben zugleich immer Wege gefunden, um zusammenzufinden und über Gräben hinweg gemeinsam für eine bessere (Arbeits-)Welt einzutreten.

### **Wie Spaltung überwinden? Ansatzpunkte für eine verbindende Politik der Arbeit**

Studien zeigen, dass die Situation für viele Arbeitende unerträglich geworden ist, weil Angst um den Arbeitsplatz, geringe Löhne, unsichere Verträge, Konkurrenz und Leistungsdruck es unmöglich machen, die eigene Arbeitskraft langfristig zu erhalten. Wer heute nach Wegen sucht, dies zu überwinden, muss beides verstehen: Die Strukturen und Dynamiken, die es nahelegen, sich vor allem als Individuen zu sehen und im Wettstreit um knappe Ressourcen gegen andere Arbeitende zu kämpfen (seien es Frauen, Migrant\*innen oder die Belegschaft der Konkurrenz) – und die gemeinsamen Erfahrungen, an denen eine verbindende Politik ansetzen könnte. Immerhin hat sich Lohnarbeit nicht nur verallgemeinert, sondern Stamm- und Randbelegschaft sitzen oft an einem Frühstückstisch, weil viele Eltern in stabiler Beschäftigung Kinder haben, die trotz hoher Bildungsinvestitionen nicht über den prekären Vertrag hinauskommen. Vollzeitbeschäftigte (meist Männer) mit überlangen Arbeitszeiten wünschen sich genau wie viele Minijobberinnen eine „kurze Vollzeit“, die es ermöglicht, existenzsichernde Einkommen *und* ein Privatleben zu haben. Fast die Hälfte aller Beschäftigten ist (laut DGB-Index Gute Arbeit) zu erschöpft, um sich nach der Arbeit um Familie oder Hobbies zu kümmern. Und Pfleger\*innen wie Ingenieur\*innen machen die Erfahrung, dass sie ihre Arbeit nicht angemessen erledigen können, weil Profitziele weder Raum lassen, Patient\*innen richtig zu versorgen noch Werkstoffe richtig zu prüfen. Klassenanalyse bedeutet, das Trennende wie das Einende in den Blick zu nehmen – gerade auch, aber keineswegs nur mit Blick auf Dynamiken sozio-ökonomischer Ungleichheit. Damit wird nicht nur Gerede von „Proleten aus dem Establishment“ erschwert, sondern vor allem ein großer Schritt getan hin zu einer Politik, die Arbeitende (mit und ohne Reihenhaus) zusammenbringt. Dass Boris Johnson sich in diesen Tagen im deindustrialisierten Norden Englands feiern lassen kann, demonstriert die Gefahren eines Scheiterns dieses Projekts. Dass zwei Jahre zuvor Jugendliche in Glastonbury über eine andere Gesellschaft „für die vielen, nicht die wenigen“ nachdachten, verweist noch immer auf die Möglichkeiten. Es liegt an uns.